



CETA - Landwirtschaft und Gentechnik: Eine Gefahr für die bäuerliche Landwirtschaft und gentechnikfreies Essen

In den geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und Kanada (CETA) spielt die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle. Während das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) seit Juni 2013 verhandelt wird und bisher noch aus einzelnen Verhandlungstextteilen besteht, ist CETA seit September 2014 fertig verhandelt und steht nun vor der Ratifizierung in der Europäischen Union und in Kanada. CETA ist der kleine Bruder von TTIP. Klein, weil die kanadische Wirtschaftsleistung weniger als ein Zehntel der US-amerikanischen beträgt. Und Bruder, weil sich diese Abkommen in ihrer Gestalt stark ähneln. Der kleine Bruder gibt einen Vorgeschmack, was erst vom großen zu erwarten ist.

Bei den Verhandlungen um TTIP zeigen bisherige Texte und Studien, dass sowohl der Fleisch- als auch der Milchmarkt in Europa massiv unter Druck geraten werden, aber auch wertvolle europäische Standards auf dem Spiel stehen. Auch bei der Analyse des CETA-Textes¹ zeigt sich, dass Zölle abgebaut werden, bzw. für sehr sensible Bereiche wie Milch und Fleisch erhöhte Zollquoten eingeführt werden sollen. Damit können beide Länder mehr Milch und Fleisch über den Atlantik exportieren, auch wenn in beiden Ländern diese Produkte bereits ausreichend erzeugt werden. Entscheidend ist dann der billigste Erzeugerpreis, der wiederum dazu führt, dass bäuerliche Märkte und ländliche Strukturen beiderseits des Atlantiks

weiter unter Druck geraten. Gewinne erwarten dabei vor allem die Molkereiindustrie und Fleischkonzerne – nicht aber beispielsweise bäuerliche ErzeugerInnen.

Immer wieder behaupten PolitikerInnen, die CETA und TTIP befürworten, dass die europäischen Standards im Lebensmittelsektor sicher sind. Nicht zuletzt verspricht der Koalitionsvertrag der Deutschen Bundesregierung² den Schutz von Standards für Lebensmittel und Umwelt und den Schutz der Verbraucherrechte. Aber der CETA-Text macht etwa bei der Gentechnik deutlich, dass das nicht zutreffend ist. Es gibt grundlegende Unterschiede in der Handhabung gentechnisch veränderter Pflanzen dies- und jenseits des Atlantiks – wie etwa das Vorsorge- versus das Nachsorgeprinzip. CETA und TTIP stärken das amerikanische Nachsorgeprinzip – nicht aber das europäische Vorsorgeprinzip.

Zudem lässt sich die EU mit CETA und TTIP in Handelsabkommen einbinden, die vereinbaren, in Zukunft gemeinsame Standards durchzusetzen. Dies unterwandert nicht nur die Umsetzung des Vorsorgeprinzips, sondern wird die EU auch in Zukunft daran hindern, höhere Standards eigenständig zu entwickeln – ein strengerer Schutzstandard wird damit beispielsweise unmöglich. Davon profitiert die Gentechnikindustrie in der EU und in Amerika.

Ein Schlag gegen bäuerliche Strukturen

In Deutschland und EU-weit ist insbesondere der Markt für Fleisch und Milch durch viel zu niedrige Preise für die ErzeugerInnen gekennzeichnet. Der Grund dafür liegt in der durch die EU-Agrarpolitik gewollten und geförderten Überschussproduktion, deren Ziel es ist, die Bäuerinnen und Bauern für den Weltmarkt fit zu machen.

Europäische Fleischkonzerne können durch Exporte ihre Gewinne steigern. Gleichzeitig ist der europäische Fleischmarkt mit Zöllen vor Importen geschützt, auch aus Kanada. Der Preisunterschied für Schweinefleisch in Kanada und der EU ist gravierend. In Kanada lag der Schweinepreis einige Jahre bis zu 60 Prozent unter dem europäischen³. Selbst 2014 lag der kanadische Preis trotz des Preisverfalls der vergangenen Jahre im europäischen Schweinesektor noch 25 Prozent unter dem europäischen. Auch ErzeugerInnen für Rindfleisch haben in den letzten zehn Jahren zum Teil 15 bis 35 Prozent niedrigere Auszahlungspreise erhalten als die europäischen und könnten bei einer Marktöffnung in die EU ihre Produkte deutlich billiger anbieten als ihre europäischen KollegInnen.

Mit CETA sollen die zollfreien Quoten⁴ für Schweine- und Rindfleisch aus Kanada um das 14- bzw. 12-fache gegenüber bestehenden Zollquoten steigen. Zumindest wenn die kanadische Exportindustrie diese Quotenmenge ohne den Einsatz von Hormonen oder Raktopamin, ein umstrittenes

Mastbeschleunigungsmittel, bereitstellen kann. Bisher konnten die kanadischen Schlachtunternehmen die zollfreien Quoten kaum ausfüllen. Mit der Quotensteigerung wird aber die Möglichkeit attraktiver, Produktions- und Schlachtwege umzustellen, um hormonfreies Fleisch für den Export zu erzeugen. Der europäische Fleischsektor wird durch höhere Importe aus Kanada unter erheblichen Preisdruck geraten. In Europa sind die Standards der Erzeugung höher und vielfach noch bäuerlich geprägt. So dürfen bei der Mast beispielsweise keine Hormone eingesetzt werden. In einem zunehmend globalisierten Markt, der auch einen ständigen Preisdruck nach sich zieht, werden diese Standards und Strukturen dauerhaft kaum erhalten bleiben. Wollen wir wirklich unsere heimische bäuerliche Landwirtschaft weiter dezimieren und lieber Rindfleisch von kanadischen Großfarmen importieren? Mit nachhaltiger Landwirtschaft hat das nichts zu tun.

CETA unterläuft die dringend nötige Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik weg von der industrialisierten konzerngesteuerten hin zur sozialen, ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft. Weltmärkte für Fleisch und Milch sind ein Irrweg. Eine zukunftsfähige, bäuerliche Landwirtschaft produziert vornehmlich in der Region für die Region. Umgekehrt steigen, wenn CETA ratifiziert wird, die EU-Käseexporte nach Kanada und setzen dort den Markt unter Druck. Die Milchmarktpolitik in Kanada stellt bisher eine Einkommenssicherung für Bäuerinnen und Bauern dar, denn durch eine Mengensteuerung wird das Angebot an der Nachfrage ausgerichtet.



Infografik: Zollfreie Import- und Exportquoten für Fleisch und Milch im CETA-Vertrag in Tonnen

	Existierende Zollquoten	Tatsächliche Importe	Zollfreie Importquote(a), CETA	Zollquoten nach CETA-Einführung
Kanada nach EU				
Schweinefleisch (hormonfrei)	5549	63	75000	80549
Rindfleisch (hormonfrei)	4162	42	50840	50002
EU nach Kanada				
Käse	13472	14505	16000	31072
Industriekäse				1700

Quelle: CETA-Text⁹, BMEL-Statistik¹⁰

(a) Zollfreie Quote 6 Jahren nach CETA-Ratifizierung

Für jeden Liter überschüssiger Milch zahlen die ErzeugerInnen eine Strafabgabe. Während sich der kanadische Auszahlungspreis an die ErzeugerInnen an den Produktionskosten der Milch orientiert und in den letzten Monaten bei knapp 50 Cent/kg⁵ Milch lag, ist der europäische Milchpreis im weltweiten Wettbewerb im Juni diesen Jahres drastisch auf 25,87 Cent/kg⁶ gesunken. Das liegt auch an der ersatzlos abgeschafften Milchmengenregulierung der EU im April 2015.

Die politisch gewollte Exportorientierung, die Vorarbeit für solche Art von Handelspolitik, hat den Milchpreis für europäische ErzeugerInnen gänzlich zerstört. Derzeit schützt ein Zoll von 245,6 Prozent⁷ den kanadischen Milchmarkt vor billigen Käse-Importen. Die zollfreien Quoten für Käseexporte nach Kanada sollen durch CETA verdoppelt werden. Dann würde fast 8 Prozent des kanadischen Käsemarktes (425.400 t) von der europäischen Molkereiindustrie beliefert. Der billige EU-Preis schlägt den höheren und existenzsichernden kanadischen Milchpreis. Es ist zu erwarten, dass die zollfreie Quote ohne Probleme von der EU-Industrie ausgeschöpft werden kann. Die kanadische Bauernorganisation National Farmers Union (NFU) kritisiert, dass mit jedem kanadischen Handelsvertrag die Mengensteuerung ein Stück weiter ausgehöhlt wird⁸. Es ist keine nachhaltige Landwirtschaft-

spolitik, wenn die EU ihre Überschussprobleme nach Kanada exportiert und dort das zukunftsfähige Marktsteuerungssystem unter Druck setzt. CETA unterläuft die dringend nötige Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik weg von der industrialisierten konzerngesteuerten hin zur sozialen, ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft. Weltmärkte für Fleisch und Milch sind ein Irrweg. Eine zukunftsfähige, bäuerliche Landwirtschaft produziert vornehmlich in der Region für die Region.

Gentechnik durch die Hintertür

Bei der Gentechnik zeigt sich, dass das europäische System hinsichtlich der Zulassung, dem Umgang mit einer Risikotechnologie, der Kennzeichnung, der Anwendung des Vorsorgeprinzips und des Schutzes der gentechnikfreien Lebensmittelerzeugung völlig anders geregelt ist, als in Kanada und den USA. Für die Gentechnik- und Agrarkonzerne beidseits des Atlantiks sind die EU-Regelungen große Handelshemmnisse. Im CETA-Text gibt es einen eigenen Absatz „zur Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Biotechnologie“¹¹.



Info-Kasten:

In Kanada werden gentechnisch veränderten Organismen nicht automatisch einer sogenannten Risikoprüfung unterzogen. Eine Pflichtkennzeichnung von Gentechnik-Organismen wird als ungerechtfertigtes Handelshemmnis eingestuft. In Europa gilt das Vorsorgeprinzip: Werden die Risiken als unkalkulierbar oder zu hoch eingeschätzt, oder die Datenlage als zu unsicher, können GV-Pflanzen verboten werden. Anders das „Prinzip des Beweises“ in Kanada: Erst wenn „wissenschaftlich“ bewiesen ist, dass es eine Gefahr gibt, können GV-Pflanzen verboten werden – sprich in der Nachsorge.

Im geplanten Dialog sollen konkret Themen behandelt werden wie die „asynchrone Zulassungen“, die „internationale Kooperation in Fragen wie „Low Level Presence“ und die „Förderung eines effizienten, wissenschaftlich basierten Zulassungsverfahrens“.

Das CETA-Abkommen zielt klar darauf ab, das Zulassungssystem im Sinne der Gentechnik-Industrie „effizienter“ zu machen. Denn asynchrone Zulassungen bedeuten, dass bspw. in den USA neue gentechnisch veränderte Pflanzen (GV) schon angebaut werden, obwohl sie in Europa oder Asien noch keine Importzulassung haben. Das stellt für die vorschnell anbauenden Länder bzw. die Agrarindustrie ein Handelshemmnis dar. Tauchen

diese nicht zugelassenen GV-Pflanzen in Importware auf, so gilt in Europa für hier nicht zugelassene GV-Pflanzen Nulltoleranz. D.h. nicht zugelassene gentechnisch veränderte Konstrukte dürfen auch nicht in geringen Spuren in die EU importiert werden oder müssen vom Markt genommen werden, wenn sie entdeckt werden. Auf großen Druck der Agrarindustrie wurde 2011 diese Nulltoleranzpolitik bei Futtermitteln ausgehöhlt. Seit dem gilt unter bestimmten Bedingungen ein technischer Wert von 0,1 Prozent. Damals behauptete die EU-Kommission, dass die Nulltoleranz bei Lebensmitteln und Saatgut definitiv bestehen bleiben solle. Aber auch hier wird seitens der EU-Behörden weiter gebohrt, die Nulltoleranz aufzuheben.

Anscheinend hat sich die EU-Kommission während der CETA-Verhandlungen dazu verpflichtet, Zulassungsanträge von GV-Produkten "so schnell wie möglich innerhalb des festgelegten Verfahrens im EU-Zulassungsrecht" zu bearbeiten, wie ein Brief der kanadischen Sojaerzeugervereinigung Soy Canada an die EU-Kommission aufzeigt, in dem der Verband der Soja-Industrie jetzt auf Umsetzung pocht¹².

Wir brauchen keine Verträge, die der Gentechnikindustrie einen Anspruch auf möglichst rasche Genehmigungsverfahren einräumt und das Vorsorgeprinzip aushebelt.

Auch Kanada hat eine Nulltoleranzpolitik. Allerdings hat Kanada 2012 eine „Global Low Level Presence Initiative“ eingeleitet, mit dem Ziel, das Vorhandensein von geringfügigen Verunreinigungen nicht zugelassener GV-Organismen zu erlauben. Das CETA-Abkommen forciert diese Abkehr von der Nulltoleranz.

Zudem soll gemäß dem CETA-Text ein „wissenschaftlich basiertes Zulassungsverfahren“ gefördert werden. Hiermit ist v.a. das amerikanische Zulassungssystem gemeint. Vereinfacht gesagt werden dort GV-Pflanzen solange als sicher angesehen, bis das Gegenteil bewiesen ist. Dieses „Prinzip des Beweises“ wird als wissenschaftlich angesehen.

Erst wenn konkrete Gefahren nachgewiesen wurden, können die GV-Produkte vom Markt genommen oder mit Auflagen versehen werden. Noch gilt in Europa das Vorsorgeprinzip: Wenn die Risiken als unkalkulierbar oder zu hoch eingeschätzt werden, oder die Datenlage zu unsicher ist, können GV-Pflanzen verboten werden. Gentechnik-BefürworterInnen fordern schon lange ein „wissenschaftsbasiertes“ Zulassungssystem in der EU einzuführen und CETA unterstützt dieses Vorhaben: erst wenn „wissenschaftliche Beweise“ gibt, dass ein GVO schädlich ist, soll er verboten werden können. Das ist die Abkehr vom Vorsorgeprinzip.

Mit Demokratie sind solche Vertragsklauseln nicht vereinbar: Europa muss genauso wie jedes andere Land selber entscheiden können, ob sie Gentechnik aus wissenschaftlichen, gesundheitlichen, ökonomischen, ethischen, ökologischen oder sonstigen Gründen nicht zulassen wollen.

Diese Art von Handelsabkommen führen dazu, dass schon jetzt versucht wird, Regelungen zum Umgang mit Gentechnik zu harmonisieren. Im Zuge der Diskussion um neue Gentechnik-Verfahren in der Züchtung spielt die Frage, ob und wie streng Gentechnik-Organismen (also Pflanzen, Tiere, Mikroorganismen) reguliert werden sollen, eine entscheidende Frage. Unterschiedliche Reg-

ulierungen der neuen Gentechnik-Verfahren seitens der Handelspartner werden von der Agrar- und Gentechnikindustrie als Handelshemmnis eingestuft: Sie plädieren beidseits des Atlantiks für keine Regulierung. Ob die EU-Kommission sich dem Druck der Industrie beugt, oder das Vorsorgeprinzip auch bei neuen Gentechniken anwendet und sie der risikoorientierten EU-Regulierung unterwirft, ist derzeit unklar. Dies wird von bäuerlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aber klar gefordert, da die neuen Gentechnik-Verfahren sowohl die alten Risiken aber auch ganz neue Risikopotentiale aufweisen.



Vorbeugend steht im CETA-Text, direkt im Biotechnologie-Absatz, dass im geplanten Dialog auch die „regulatorische Zusammenarbeit“ thematisiert werden soll, „um handelsschädigende Auswirkungen von Regulierungsverfahren zu minimieren“. Zudem sollen „jegliche neuen Rechtsvorschriften“ und „Maßnahmen, die sich auf den Handel zwischen den Vertragsparteien auswirken können, einschließlich Maßnahmen der Mitgliedstaaten der EU“ im Dialog behandelt werden. Mit CETA müsste sich Europa vor Kanada rechtfertigen, wenn es seine Gentechnik-Gesetzgebung restriktiver gestalten will und die kanadische Regierung sowie die Gentechnik-Lobby könnte (noch stärker) mitreden.

Dieser klare Fokus des CETA-Vertrags auf die EU-Gentechnikgesetzgebung mit dem Ziel, „handelsschädigende Maßnahmen“ zu minimieren zeigt, dass zwar nicht akut die Gentechnik-Standards angegriffen werden, jegliche dringend benötigte Verschärfungen jedoch erheblich erschwert werden.

Fazit

Die Krisen im Fleisch- und Milchsektor in Europa hängen eng mit der Exportorientierung und der damit verknüpften Handelspolitik zusammen. Der CETA-Text zeigt, dass Europa mit höheren Fleischimporten aus Kanada rechnen muss, da dort billiger erzeugt wird. Diese Mengen werden im ohnehin schon gesättigten EU-Markt weiteren Druck auf die Erzeugerpreise ausüben.

Umgekehrt exportiert die europäische Milchindustrie mehr Käse nach Kanada, obwohl der Käse dort selbst erzeugt wird. Um den kanadischen Milchpreis weiterhin stabil zu halten, muss die nationale Milcherzeugung gesenkt werden. Die bäuerliche und gesellschaftlich gewünschte Qualitätserzeugung wird jeweils unter Beschuss kommen, sie wird der Weltmarktorientierung geopfert.

CETA bietet aber nur einen Vorgeschmack, was auf die Landwirtschaft erst durch TTIP zukommen würde. Im Milchmarkt wird es keine einseitigen Exporte seitens der EU geben, sondern es ist mit einem gegenseitigen Export zu rechnen, der die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks aufwirbelt. US-amerikanische Fleischindustrie-Lobbyisten haben schon heraus posaunt, dass sie sich mit dem CETA-Marktzugangsvorschlag nicht zufrieden geben werden. Sie wollen eine wesentlich höhere Exportmenge als in den ausgehandelten CETA-Vertrag. Auch in den USA wird Rind- und Schweinefleisch billiger und mit Hormonen und Raktopamin erzeugt.

Zudem steht der gentechnikfreie Anbau weltweit auf dem Spiel. Nach wie vor wollen die Gentechnik-Konzerne auch in Europa auf den Acker. Sollten es die „alten“ Gentechnik-Verfahren nicht schaffen, könnten die „neuen“ Gentechnik-Verfahren unreguliert angewendet werden, wenn die EU sich auch aufgrund des Drucks von CETA und TTIP von ihrem Vorsorgeprinzip abwendet und die neuen Verfahren als konventionelle Züchtung einstuft. Zudem stehen die europäischen Schutzmechanismen zur Sicherstellung einer gentechnikfreien Landwirtschaft im Kreuzfeuer des geplanten CETA-Dialogs. Die Abschaffung der Nulltoleranz und die „effiziente, wissenschaftsbasierte Synchronisierung des Zulassungsverfahrens“ dienen alleine den Interessen der Gentechnik-Industrie, nicht den Wünschen der Gesellschaft.

Die Gesellschaft formuliert zunehmend Anforderungen an die Qualität der Lebensmittelherzeugung und sie fordert eine zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft. Das drückt sich etwa in den jährlichen Demonstrationen „Wir haben es satt“ in Berlin aus. Mehrere zehntausende

Menschen gehen auf die Straße für eine andere Agrar- und Handelspolitik. Der CETA-Vertrag trägt dieser Bewegung und einer bäuerlich orientierten Landwirtschaft keine Rechnung.

Die Zeit des „Geiz ist Geil“ ist vorbei, die Nachfrage nach guten Lebensmitteln steigt, der Absatz von industriell erzeugtem Billigfleisch geht zurück. Deshalb fordern die Agrarbewegung „Wir haben es satt“ und das Bündnis „TTIPunfairHandelbar“ die Politiker auf, CETA abzulehnen und die TTIP-Verhandlungen zu stoppen. Denn der sicherste Schutz unserer Standards und unserer bäuerlichen Landwirtschaft ist kein CETA und kein TTIP. Die Agrarpolitik muss dringend die Überschusserzeugung stoppen.

Statt Exportorientierung braucht es eine Qualitätsoffensive. Das bedeutet artgerechte Tierhaltung, gentechnikfreie Fütterung, Stärkung des Anbaus von heimischen Eiweißfutter, das Recht auf Nachbau von Saatgut, keine Gentechnik durch die Hintertür, eine Reduzierung des Pestizid- und Mineraldüngereinsatzes und vieles mehr. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist bäuerlich und regional.

Quellen

- 1 Konsolidierter CETA-Text, den die Europäische Kommission nach Ende der Nachverhandlungen im Februar 2016 veröffentlicht hat (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/february/tradoc_154329.pdf)
- 2 Koalitionsvertrag der Deutschen Bundesregierung (18. Legislaturperiode): Deutschlands Zukunft gestalten. S. 117 (https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.html)
- 3 OECD-FAO Agricultural Outlook 2015-2024. Veröffentlicht im Juli 2015 (www.agri-outlook.org)
- 4 Marktzugang wird im Kapitel 2 des CETA-Textes behandelt: National Treatment and Market Access for Goods, Seite 9 ff. und Annex 2-A, S. 231 ff (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/february/tradoc_154329.pdf)
- 5 Canadian Dairy Commission (2016) (<http://www.cdc-ccl.gc.ca/CDC/index-eng.php?id=3810>)
- 6 EU-Kommission: European Milk Market Observatory (http://ec.europa.eu/agriculture/milk-market-observatory/latest-statistics/prices-margins_en.htm)
- 7 EU-Commission and the Government of Canada: Assessing the costs and benefits of a closer EU – Canada economic partnership, ohne Jahr. S. 34 (<http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/141032.htm>)
- 8 Emailwechsel vom 19.04.2016 mit Terry Boehm, Getreidebauer und Handelsexperte der National Farmers Union (NFU)
- 9 Konsolidierter CETA-Text, den die Europäische Kommission nach Ende der Nachverhandlungen im Februar 2016 veröffentlicht hat (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/february/tradoc_154329.pdf)
- 10 BMEL-Statistik (<http://www.bmel-statistik.de/>)
- 11 Artikel 25 des CETA-Textes, S. 201 f.; 12 Soy Canada (29. April 2016) (<http://soycanada.ca/blog/2016/04/29/soy-canada-calls-on-the-european-union-to-honour-commitments-in-ceta-negotiations/>)

Berit Thomsen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Referentin Internationale Agrarpolitik

Email: thomsen@abl-ev.de, Tel.: 02381-9053172, www.abl-ev.de

Annemarie Volling

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Gentechnik-Referentin

Email: volling@abl-ev.de, Tel: 04131-400720

Redaktion: Nelly Grotefend und Jürgen Maier

Herausgeber: Zivilgesellschaftliches Bündnis TTIPunfairHandelbar

c/o Forum Umwelt und Entwicklung

Marienstr. 19-20

10117 Berlin

info@forumue.de

www.forumue.de

Das Forum Umwelt und Entwicklung koordiniert die Aktivitäten deutscher NGOs in internationalen

Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzing.

Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände e.V. (DNR).

Das zivilgesellschaftliche Bündnis TTIPunfairHandelbar ist ein Bündnis aus zahlreichen NGOs aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Entwicklungs- und Handelspolitik. Es wurde 2013 ins Leben gerufen, um die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der US-Regierung kritisch zu begleiten.

Fotoinweis: Denny Lang: kornfeld; flickr CC BY-NC 2.0 & Timo: Neugierige Kühe flickr CC BY-NC 2.0
Stand: Juli 2016